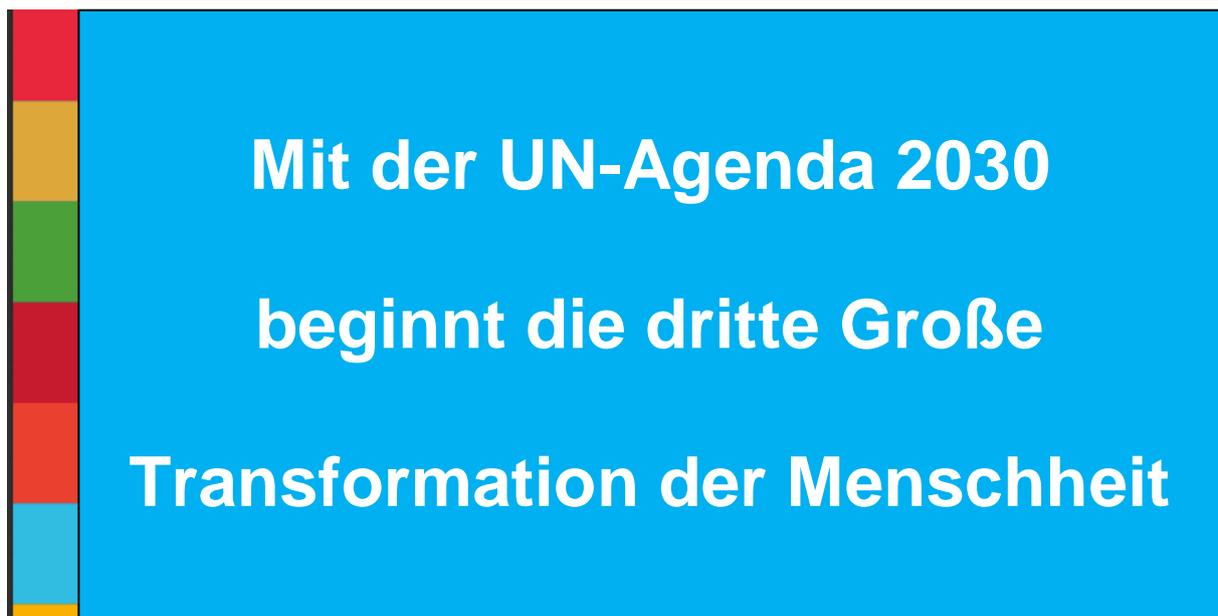


Plön 2035

**Sozial * wirtschaftsstarke * klimaverträglich
durch sozialen und ökologischen Wandel**

Nr. 6

Feb. 2022



Ein Essay von Hansjürgen Schulze
SOZIALÖKOLOGISCHES BÜNDNIS PLÖN E.V.

Inhaltsverzeichnis

Mit der Agenda 2030 beginnt die dritte Große Transformation der Menschheit	S. 2
Entwicklungsziel 8 („Nachhaltiger Kapitalismus“): Durch Kapitalverwertung die Stoffströme innerhalb der planetarischen Leitplanken halten!	S. 7
Quellennachweis	S.16

Mit der Agenda 2030 beginnt die dritte Große Transformation der Menschheit

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) wurde anlässlich der zweiten Umweltkonferenz der Vereinten Nationen (Rio 1992) gegründet. Der Beirat wird für vier Jahre berufen, besteht aus neun Wissenschaftler*innen und erarbeitet Empfehlungen für das politische und gesellschaftliche Handeln. 2011 entstand sein m.E. wichtigstes Hauptgutachten „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“:

„Die Menschheit lebt heute im Anthropozän, also dem Erdzeitalter, in dem die Einwirkungen menschlicher Aktivitäten auf die Umwelt eine mit natürlichen Einflüssen vergleichbare Dimension erreicht haben. ... Angesichts des Ausmaßes, der Dynamik sowie der engen Interaktionen der Megatrends des Erdsystems und der Megatrends der globalen Wirtschaft und Gesellschaft wird deutlich, dass die Transformation zur Nachhaltigkeit eine Große Transformation werden muss. Hinsichtlich der Eingriffstiefe ist sie vergleichbar mit den beiden fundamentalen Transformationen der Weltgeschichte: der Neolithischen Revolution, also der Erfindung und Verbreitung von Ackerbau und Viehzucht, sowie der Industriellen Revolution, die den Übergang von der Agrar- zur Industriegesellschaft beschreibt. Sie muss zudem innerhalb der planetarischen Leitplanken verlaufen und innerhalb eines engen Zeitfensters mit großer Priorität vorangetrieben werden (1,66).

„Produktion, Konsummuster und Lebensstile müssen so verändert werden, dass Treibhausgasemissionen im Verlauf der kommenden Dekaden auf ein Minimum reduziert (Dekarbonisierung der Energiesysteme und Gestaltung klimaverträglicher Gesellschaften), essentielle Ressourcenknappheiten (vor allem Land, Wasser, strategische mineralische Ressourcen) durch signifikante Ressourceneffizienzsteigerungen minimiert und abrupte Veränderungen im Erdsystem (Kippunkte) durch Wirtschafts- und Entwicklungsstrategien, welche die Leitplanken des Erdsystems (planetary boundaries) berücksichtigen, vermieden werden können.

Ein solcher Umbau wird ohne ein bisher unerreichtes Niveau an weltweiter Kooperation, die Weiterentwicklung der normativen Infrastrukturen innerhalb des internationalen Systems, neue Wohlfahrtskonzepte, Technologiesprünge, vielfältige institutionelle Innovationen und veränderungsfähige Reformallianzen nicht gelingen“ (1,87).

„Die Durchsetzung der Industriegesellschaft war ein evolutionärer Prozess, für den es keinen Masterplan gab. Die Transformation zur nachhaltigen Gesellschaft muss demgegenüber unter Zeitdruck bewusst gestaltet werden, um eine Trendumkehr in Richtung einer klimaverträglichen und ressourceneffizienten Gesellschaft zu schaffen. Ohne große und strategisch ausgerichtete Anstrengungen von Politik, gesellschaftlichen Akteuren und auch der Wirtschaft gibt es keine

Nachhaltigkeitswende. Dies ist die erste große Transformation in der Menschheitsgeschichte, die bewusst politisch herbeigeführt werden muss“ (1,97).

Der Zeitraum 2016-2030 ist die erste Etappe der dritten Großen Transformation

Ich folge der vom WBGU gelegten Spur. Die soziale Ungleichheit hat unerträgliche Ausmaße angenommen. Der dafür verantwortliche marktradikale Kapitalismus be- und verhindert die Transformation. Im Fokus steht die ökonomische, kulturelle und politische Teilhabe Aller: „Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen“ (2,1). Ökokapital kann in einer humaneren Gesellschaft neue Produkte und Verfahren im Hinblick auf die Entwicklung der Individualität und Persönlichkeit der Menschen selektieren. Ota Šik hat dazu attraktive Vorschläge erarbeitet (3). Er war der Architekt des „Prager Frühlings“, der ein „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ hätte werden sollen.

Das WBGU-Hauptgutachten bereitete die Teilnahme der Bundesregierung an der 4. Umweltkonferenz der Vereinten Nationen 2012 in Rio vor, wo über die Ablösung der 2015 auslaufenden 8 Millennium Development Goals (MDGs) zu entscheiden sei. Das erfolgte auch: In Rio wurde eine Open Working Group (OWG) gegründet. Zwei Jahre später stellte die OWG 17 Sustainable Development Goals (SDGs) vor, die auf der UN-Vollversammlung im September 2015 verabschiedet werden sollten:

„Das Jahr 2015 kann ein Meilenstein für globale Entwicklung werden. ... Die SDGs könnten als politische Zielsetzungen und Kompass der Weltgemeinschaft eine zentrale Bedeutung für die Zukunft globaler Entwicklung und die Transformation in Richtung ökonomischer, sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit erlangen. Im Gegensatz zu den MDGs, die auf die menschliche Entwicklung in Entwicklungsländern abzielten, sollen die SDGs alle Dimensionen nachhaltiger Entwicklung adressieren und für alle Staaten gültig sein“ (4, 513).

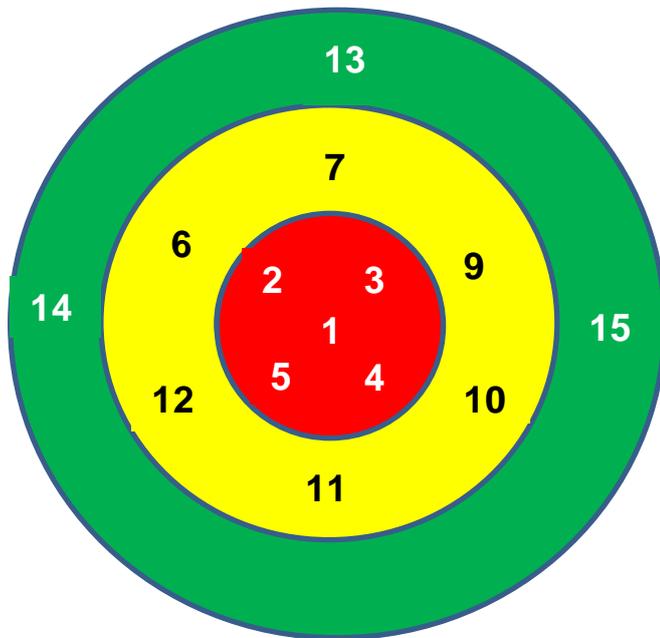


In der OWG wurden heftige Kontroversen ausgefochten, welche die SDGs zu einem zutiefst widersprüchlichen Konstrukt machten. Sie sind ein Spiegelbild der heutigen Konflikte in einer multipolaren Welt: Nach dem Ende des Kalten Krieges waren weltweit die öffentlichen Investitionen in die Entwicklungszusammenarbeit gesunken. Ohne die Systemkonkurrenz mit der Sowjetunion entfiel in den westlichen Ländern der Anreiz zur Kooperation mit dem Globalen Süden. Die 1990er Jahre waren die Dekade der großen UN-Weltkonferenzen und der Gegenbewegung, der WTO mitsamt ihren umstrittenen Freihandelsabkommen – hier sei an die Antiglobalisierungsproteste von Seattle 1999 erinnert.

Exkurs: Zum inneren Zusammenhang der Sustainable Development Goals

Aus der Präambel der Agenda 2030:

„Die Querverbindungen zwischen den Zielen für nachhaltige Entwicklung und deren integrierter Charakter sind für die Erfüllung von Ziel und Zweck der neuen Agenda von ausschlaggebender Bedeutung“ (2, 2).



Soziales: Menschen sollen sich wohlfühlen

- SDG 1 Armut in allen Formen beenden
- SDG 2 Hunger überwinden
- SDG 3 Gesundheit
- SDG 4 Bildung
- SDG 5 Gender-Gleichberechtigung

Ökologie: Biosphäre erhalten

- SDG 13 Klima schützen (Atmosphäre)
- SDG 14 Ökosysteme schützen (Meere)
- SDG 15 Ökosysteme schützen (Land)

Ökonomie: Zwischenraum entwickeln

- SDG 6 Wasserversorgung für alle
- SDG 7 Erneuerbare Energien ausbauen
- SDG 9 Infrastrukturen anpassen
- SDG 10 Ungleichheit überwinden
- SDG 11 Nachhaltige Städte/Kommunen
- SDG 12 Nachhaltige Produktion + Konsum

durch:

- SDG 8 Grünes Wirtschaftswachstum
- SDG 16 Frieden und starke Institutionen
- SDG 17 Partnerschaften zur Zielerreichung

Ich habe in dieser Grafik die Donut-Variante des Drei-Säulen-Modells der Brundtland-Kommission aus dem Jahr 1987 verarbeitet: Ökonomie, Ökologie, Soziales. Dabei stehen die sozialen Bedürfnisse des Menschen im Zentrum (roter Kreis). Die Ökologie (grün) bezieht sich auf die Biosphäre (verallgemeinert: auf die äußere Natur). Die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft (gelb) organisiert den Stoffwechsel des Menschen mit der Natur. Die dritte große Transformation soll die Stoffströme unter die planetaren Tragfähigkeitsgrenzen verringern.

Zur Umsetzung ist eine vierte Dimension erforderlich: Bildung und Kultur. Das soll zum Schwerpunkt einer der nächsten Broschüren unsres Vereins werden. „Kinder und junge Frauen und Männer sind entscheidende Träger des Wandels und werden in den neuen Zielen eine Plattform finden, um unerschöpfliches Potenzial für Aktivismus zur Schaffung einer besseren Welt einzusetzen“ (2,13).

Das Jahr 2015 war ein Meilenstein für die globale Entwicklung

Drei Ereignisse sind zu nennen: die päpstliche Enzyklika Laudato si, die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen. „Im Verlauf der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts wurden große Hürden für globale Kooperation und erfolgreichen Multilateralismus deutlich. Gleichzeitig wurde immer offensichtlicher, was während der Weltkonferenzen der 1990er Jahre bereits diskutiert, aber im Zielsystem der MDGs zunächst ausgeblendet worden war, dass nämlich den globalen Herausforderungen, zum Beispiel dem Klimawandel oder den Risiken weltweit verflochtener Finanzmärkte, nur durch reziproke Formen der Kooperation zwischen und Veränderungsprozessen in Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern sowie neuen Formen der Global Governance begegnet werden kann.“

Ein wichtiger Grund für neue Herausforderungen für den Multilateralismus ist der rasante Aufstieg zahlreicher Entwicklungs- und Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Südafrika und Indonesien sowie die sich dadurch auf globaler Ebene verschiebenden wirtschaftlichen und politischen Gewichte und damit einhergehende Machtverlagerungen- und -blockaden ... Diese neuen Macht-konstellationen waren im Verlauf der Weltkonferenzen der 1990er Jahre noch nicht absehbar gewesen“ (4, 516). In der Debatte dominierte der Nord-Süd-Konflikt. Der WBGU hatte 2014 ein Konzept der planetarischen Leitplanken veröffentlicht (5). Das stieß bei vielen Entwicklungsländern auf scharfe Kritik: Die meisten von ihnen verlieren im „Freihandel“ mit den Konzernen des Nordens mehr Reichtum, als sie gewinnen, und wehren sich gegen den Druck von Umweltschützern aus dem Globalen Norden, ihre fossilen Rohstoffe im Boden zu lassen. Viele setzen statt auf „Kooperation“ mit dem Globalen Norden lieber auf „One Belt, One Road“ und Entwicklungszusammenarbeit mit der VR China.

„Die Festlegung globaler Ziele für nachhaltige Entwicklung ist ohne das Einbeziehen planetarischer Leitplanken nicht mehr seriös möglich, da globale Umweltveränderungen, wie z. B. der Klimawandel, der Verlust biologischer Vielfalt und weltweite Bodendegradation, erhebliche Risiken bergen. Das Durchbrechen der Leitplanken muss verhindert werden, denn dies gefährdet die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und damit auch die Grundlage für menschliche Entwicklung. Da das Einhalten der Leitplanken die Voraussetzung ist, um die Grundlage für menschliche Entwicklung langfristig zu sichern, ist der Verbleib innerhalb der Leitplanken die Basis für die Realisierung der SDGs insgesamt. Der SDG-Katalog sollte deshalb das Ziel ‚Sicherung der Erdsystemleistungen‘ beinhalten“ (4, 518).

Wachsende Ungleichheit provoziert zum Nachdenken über die Systemfrage

Im September 2019 stellten die Regierungschefs auf dem SDG-Gipfel in New York fest, „dass im Falle eines unveränderten Trendverlaufes diese gemeinsamen Ziele der Weltgemeinschaft im Jahr 2030 nicht erreicht werden können“ (6, 8).

Die alte Bundesregierung stellte die Einkommens- und Vermögensverteilung im Vergleich zur EU im Juni 2021 positiv dar: „In Deutschland ist die Ungleichheit der Einkommensverteilung von 1999 bis 2005 angestiegen, seit 2005 allerdings weitgehend stabil geblieben. Nach Steuern und Transfers liegt die Ungleichheit der Einkommensverteilung in Deutschland in etwa im EU-Durchschnitt. Vermögen sind hingegen in Deutschland wesentlich ungleicher verteilt als Einkommen. Dabei zeigt sich im Zeitverlauf kaum eine Änderung, d.h. die Ungleichheit der Vermögensverteilung verharrt auf relativ hohem Niveau. ... Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens liegt klar unter dem Gini-Koeffizienten des Äquivalenzeinkommens vor Sozialleistungen (0,297 zu 0,352). Gegen Ungleichheit wirken zudem eine hohe Erwerbstätigkeit, eine geringe Arbeitslosigkeit, starke Tarifpartner und eine funktionierende betriebliche Mitbestimmung“ (6,80).

Abgesehen davon, dass SDG 10 eine Verringerung der Ungleichheit zwischen und in den Ländern fordert, die in diesem geschönten Bericht nicht erkennbar ist, verweist das Global Policy Forum im Dezember 2021, also nach der Bundestagswahl, auf ganz andere Zahlen: Weltweit sei die Zahl der Milliardäre während der Pandemie um 660 auf 2.755 gestiegen; ihr Vermögen wuchs binnen eines Jahres von 8 auf 13,1 Billionen USD. Die reichsten 10% der Weltbevölkerung besitzen 82-84%, die ärmere Hälfte dagegen nur 1% des weltwei-

ten Vermögens (Allianz-Report: 7, 28). Das sei auf einen „beispiellosen Boom an den Finanzmärkten“ zurückzuführen (8,2). Das gilt anteilig auch für die BRD.

„Dagegen schadet die Pandemie vor allem den Armen. Sie arbeiten eher in Berufen mit direktem Kontakt zu Menschen, leiden häufiger unter Vorerkrankungen, leben eher in beengten Wohnverhältnissen und genießen seltener das Privileg des Home Office. Daher infizieren sie sich eher mit dem Coronavirus und sterben auch häufiger daran“ (8,1). Die Zahl der Menschen, die in „absoluter Armut“ leben, d.h. über weniger als 1,90 USD pro Tag verfügen, stieg allein im Jahr 2020 um über 100 Millionen. Weit darüber hinaus wurden 1,6 Milliarden Arbeiter im informellen Sektor durch Ausgangssperren schwer getroffen.



Zu SDG 11: 57% der Berliner votierten für die Enteignung der Wohnbaukonzerne

Schulschließungen bewirken besonders bei Kindern aus armen Haushalten größere Lernrückstände und verschärfen die Chancenungleichheit. Auch Ziel 5 (Gender-Gleichberechtigung verbessern) wird verfehlt: Frauen leisten den größten Anteil bei der Pandemiebewältigung, werden bei der Kranken- und Altenpflege häufiger infiziert und sind verstärkt der häuslichen Gewalt ausgesetzt. Ziel 1.2 (relative Armut halbieren) wurde abgeschwächt: „beide Indikatoren (sind) deutlich unter den jeweiligen EU-27-Werten (zu) halten“ (6,31). Zu SDG 13: In der BRD emittieren die einkommensstärksten zehn Prozent fast die Hälfte aller Treibhausgase. Sie können sich Langstreckenflüge, Kreuzfahrten, SUVs und große Wohnungen mit hohem Wärmebedarf leisten. Geringverdienern ist das verwehrt. Zur CO₂-Abgabe: Reiche können die Preise für fossile Energien aus der Portotasche bezahlen. Armen ist das ebenfalls verwehrt. Sie tragen im Verhältnis zum Einkommen den Löwenanteil an den Kosten der Energiewende.

„Inzwischen weiß man, dass der Effekt von Ungleichheit auf wirtschaftliches Wachstum zumindest von drei Faktoren abhängt: dem Ausmaß der Ungleichheit, dem Wohlstandsniveau und dem betrachteten Zeitraum. Empirisch zeigt sich, dass die Wirtschaft in ungleichen Gesellschaften langsamer und instabiler wächst. Umverteilung weist - wenn überhaupt - wachstumsfördernde Effekte auf. Mit anderen Worten, zu hohe Ungleichheit ist ein Hemmschuh für nachhaltiges wirtschaftliches Wachstum (SDG 8)“ (8,4).

Damit gerät die Systemfrage wieder ins Blickfeld. Eine plausible Erklärung für das Systemversagen fand ich in einer Streitschrift des marxistischen Philosophen Wolfgang Harich aus dem Jahr 1975: Eine Bedürfnisregulierung, wie sie der Club of Rome fordere, sei „im Kapitalismus nicht möglich, weil mächtige Interessengruppen die Regierung vom Regulierungskurs abhalten“ (9, 49).

Zu SDG 8: Durch Kapitalverwertung die Stoffströme innerhalb der planetarischen Leitplanken halten

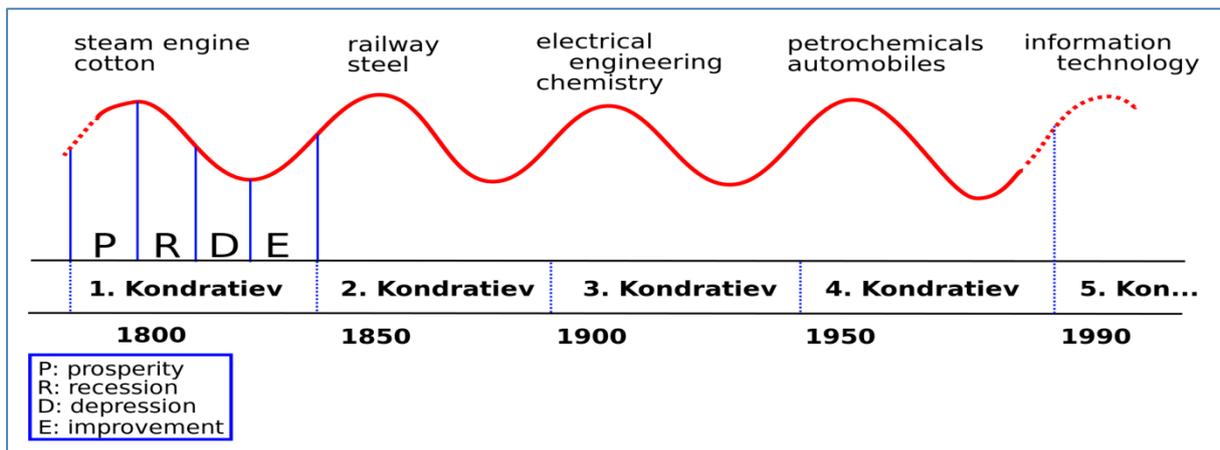
Viele Ökolog*innen können sich eine Lösung der Umweltprobleme nur durch Wachstumsverzicht bis hin zur allgemeinen De-Industrialisierung vorstellen. „Jeder weiß aber, wenn ehrlich argumentiert wird, dass das angesichts des globalen Bevölkerungswachstums eine absurde und zudem politisch nicht durchsetzbare Forderung ist“ (11, Folie 9). Also gilt es, einen realistischeren Ansatz zu verfolgen: Absenkung des Ressourcenverbrauchs durch Innovationen im Sinne des österreichisch-US-amerikanischen Ökonomen J. Schumpeter.

1926 veröffentlichte der Leiter des damaligen Moskauer Konjunkturinstituts, der Mathematiker Nikolai Kondratjew, in einem Berliner Journal seine Theorie der langen Konjunkturwellen, die sich über 47 bis 60 Jahre erstrecken. An der Bonner Universität wirkte der Wirtschaftswissenschaftler Joseph Schumpeter. 13 Jahre später erforschte er in Boston die „Kondratjew-Zyklen“ am Beispiel des Eisenbahnzyklus, den er auf den Zeitraum 1843-97 taxierte. Es macht Sinn, die Dauer von exakt 55 Jahren fortzuschreiben und den gesamten Zeitraum seit Beginn der Industriellen Revolution auf diese Weise zu unterteilen.

Anknüpfend an Marxens Theorie des relativen Mehrwerts sah Schumpeter den Wirtschaftsprozess als Kreislauf von Produktion und Konsumtion (G-W-G'), der ein Gleichgewicht anstrebt. Entwicklung findet nicht statt. Exogene Faktoren (Kriege, Revolutionen) führen zur Anpassung der Wirtschaft an die neuen Bedingungen. Konzerne sind durch ihre schwerfälligen Verwaltungen unfähig, Innovationen zu kreieren. Unternehmer entwickeln die Wirtschaft, indem sie in der Krise neue Wege suchen, die Produktionsabläufe immer wieder neu kombinieren, nach erfolgreichen Versuchen das Veraltete vernichten und den Ausweg aus der Krise durchsetzen. Schumpeter prägte dafür den Begriff „schöpferische Zerstörung“.

Durch eine Basisinnovation entfernt sich die Wirtschaft vom Gleichgewichtszustand: Unternehmer (nicht Unternehmen) erzielen dank der Erneuerung einen Wettbewerbsvorteil, der ihnen Extraprofite ermöglicht. Immer mehr Unternehmer investieren. Sie nehmen im Regelfall Bankkredite auf - Schumpeter übernimmt Keynes' Begriff der Kreditgeldschöpfung. Es findet ein allgemeiner Wirtschaftsaufschwung statt. Nach ca. 14 Jahren kulminiert die Entwicklung. Vergleichbar ist dies mit dem Sonnenstand am 21. Juni. Danach sinken die Extraprofite, die Bankzinsen beginnen zu drücken – die Wirtschaft gerät in einen anhaltenden Abschwung, der in einer Strukturkrise endet. Die Talsohle entspricht dem Sonnenstand am 21. Dezember. In der Krise beginnt die Suche nach erfolgreicheren Kombinationen von Produktionsmitteln, Verfahren usw., wobei der erfolgreichste Selektionstyp zur Leittechnologie des nächsten Aufschwungs wird.

Dazu Schumpeter: Jede lange Welle „besteht aus einer ‚industriellen Revolution‘ und der Absorption ihrer Wirkungen. Zum Beispiel können wir statistisch und historisch ... das Anschwellen einer solchen langen Welle gegen Ende der 1780er Jahre beobachten, ihren Höhepunkt um 1800 herum, ihren Abschwung, und darauf eine Art von Erholung, die zu Beginn der 1840er Jahre endet. ... Ihr auf den Fersen folgte jedoch eine andere solche Revolution, die eine neue lange Welle erzeugte; diese stieg an in den vierziger Jahren, kulminierte unmittelbar vor 1857, um ihrerseits wiederum von einer Welle gefolgt zu werden, die ihren höchsten Stand um 1911 erreichte und nun eben im Verebben ist“ (12,114).



Zyklus 1: 1788-1842 Industrielle Revolution (England): Textilindustrie

Kopplung von Dampfmaschine und mechanischem Webstuhl

Zyklus 2: 1843-1897 Eisenbahnzyklus. Kohle, Eisenerzverhüttung, Stahlindustrie

Marktbeherrschende Unternehmen: Krupp, Berliner Discontobank

Zyklus 3: 1898-1952 Kapitalismus der großindustriellen Expansion: Europa, USA, Japan

Neuaufteilung der Welt: 2Weltkriege. Weltwirtschaftskrise. New Deal
Chemie; Elektrowirtschaft. Henry Fords Fließbandproduktion

Zyklus 4: 1953-2007 Fordistischer Teilhabekapitalismus und Finanzmarktkapitalismus.

Vernachlässigung der Ressourceneffizienz -> Umweltschädigung
Automobil; Atomkraft; Raumfahrt; EDV und Mikroelektronik

Zyklus 5: 2008-2062 (?) Dritte Große Transformation der Menschheit (?) Die VR China

löst die USA als globaler Hegemon ab. Primat der Ressourceneffizienz. Abfallfreie Produktion angestrebt - durch Digitalisierung?

Der fordistische Teilhabekapitalismus scheiterte an seinen Umweltproblemen

In der BRD währte der fordistische Teilhabekapitalismus von 1950 bis ca.1980. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts gewann der Automobilproduzent Henry Ford einen Technologievorsprung, indem er eine Produktionsorganisation entwickelte, bei der Forschung / Entwicklung von der Fertigung getrennt wurde und die Standardisierung, Rationalisierung, Arbeitsteilung (Taylorismus) und Technisierung per Fließband zu positiven Skaleneffekten und einer radikalen Kostensenkung führten. Alle Ford-Arbeiter sollten das von ihnen produzierte Auto kaufen können. Benzin war billig: Warum sollte man teure spritsparende Motoren entwickeln? Das änderte sich erst durch die Verteuerung von Erdöl und anderen Ressourcen.

Was Henry Ford auf der betrieblichen Ebene gelang, wurde unter dem US-Präsidenten Roosevelt in der gesamten Volkswirtschaft der USA umgesetzt. Der Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise, die in den USA von 1929 bis 1938 andauerte und der Logik des Kapitalismus der großindustriellen Expansion entsprach, lag in der Finanzierung von Innovationen durch Kreditgeldschöpfung, wodurch sich der Innovationsprozess gegenüber der simplen Kapitalakkumulation verselbstständigt hatte. Ein Jahr nach der Implementierung des New Deal lieferte Keynes die Theorie: Kapitalverwertung durch Trennung der Kreisläufe des Geldkapitals von denen des Sachkapitals und der Lohnarbeit (13, Folie 16).

Zum zweiten Merkmal des fordistischen Teilhabekapitalismus wurde die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung. „Bei einer Orientierung der Reallöhne am Produktivitätszuwachs schafft jede Produktivitätssteigerung genau die Nachfrageausweitung, die erforderlich ist, um den Zuwachs an Produktion in Form wachsender Konsumtion abzusetzen und zu verbrauchen, und sie schafft außerdem eine zusätzliche Investitionsnachfrage, die es tendenziell ermöglicht, Gewinne und Ersparnisse vollständig zu investieren“ (14,18).

Die Kopplung der Löhne an die Arbeitsproduktivität „muss *reell* als Aufhebung des Mehrwertgesetzes betrachtet werden, auch wenn die Form der Unterscheidung von Lohn und Mehrwert weiter besteht. Das Mehrwertgesetz in der Marxschen Fassung hatte eine strukturelle und eine dynamische Komponente. Strukturell besagt es, dass der Wert der Ware Arbeitskraft durch die Reproduktionskosten der Arbeitskraft bestimmt ist. ... Dynamisch besagt das Mehrwertgesetz, dass die steigende Produktivität über einen sinkenden Wert der Arbeitskraft zu einer steigenden Mehrwertrate führt, die Effekte steigender Produktivität also überwiegend oder ganz dem Kapital zufließen“ (14,32 f).

Das Charakteristische am New Deal war der Klassenkompromiss zwischen Großbourgeoisie und Arbeiterschaft unter der Herrschaft des Kapitals: Der gigantische Bedarf an Manpower hatte in den USA ab 1938 durch Rüstung und Zweiten Weltkrieg, in der Nachkriegszeit in der BRD durch den Wiederaufbau zu einer Arbeitskräfteknappheit geführt. Das konnten die Arbeiter und ihre Gewerkschaften für kräftige Lohnsteigerungen im Gleichschritt mit der Arbeitsproduktivität und für Reformen der Sozialsysteme nutzen.

Der fordistische Teilhabekapitalismus endete um 1980. Auf die Ursachen des Niedergangs befragt, nennen Wirtschaftswissenschaftler mehrere plausible Gründe. Ulrich Busch und Rainer Land erkennen in der Vielfalt von Ursachen eine dominierende Komponente: die Zunahme der negativen Skaleneffekte. Positive Skaleneffekte liegen vor, wenn sich die Fixkosten durch Massenfertigung auf viele Produkte verteilen: Mit wachsender Menge sinken die anteiligen Fixkosten. Die Kopplung der Löhne an die Produktivität hatte eine gigantische Ausdehnung des Konsums bewirkt. Weil die Natur hemmungslos zum Nulltarif ausgebeutet wurde, entstanden immer größere Umweltschäden. - Negative Skaleneffekte entstehen, wenn die Stückkosten mit wachsender Menge ebenfalls wachsen, z.B. „weil die zusätzlichen Rohstoffe tiefer (im Boden) liegen, weitere Wege zu den Lagerstätten und Deponien zu bewältigen sind und die Aufbereitung mehr kostet. ... Im Laufe der 1960er Jahre näherte sich der Verbrauch von Erdöl zunehmend dem Produktionspotenzial, Erdöl wurde immer teurer, der steigende Preis führte zu Kartellierung, Monopolbildung und wachsender Spekulation. Es kam zu den ersten Ölkrisen 1973 und 1978 ff“ (14,46).

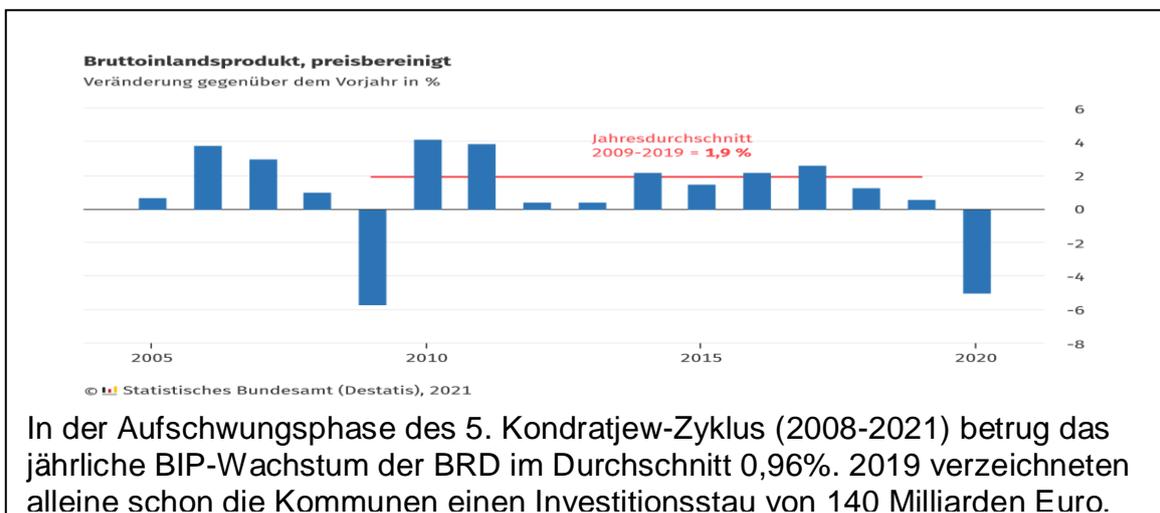
Der Globale Minotaurus kommt in die Welt und verschlingt auch die SDGs

Ulrich Busch und Rainer Land beschreiben den Finanzmarktkapitalismus als „Erosion“ und „Demontage“. Die Naturausbeutung bekam Preisschilder, die jedoch in einer die soziale Ungleichheit vertiefenden Weise eingesetzt wurden, indem die Armen im Verhältnis zum Einkommen die Hauptlast der Krisenbewältigung tragen. „*Wohlstand für alle* war out, es ging um die *Profite zu Lasten anderer*“ (15,5). Die Kopplung der Löhne an die Arbeitsproduktivität wurde beendet. Neben der „Lohnzurückhaltung“ dominierten Sozialabbau, Primat des Profits für eine verschwindende Minderheit, Finanzmarkt-Deregulierung, freie Wechselkur-

se, freie Fahrt für das Spielkasino und Privatisierung der öffentlichen Vorsorge. Die USA mutierten vom globalen Hegemon des fordistischen Teilhabekapitalismus zum Wall Street-Ungeheuer, das Yanis Varoufakis treffend einen „Globalen Minotaurus“ nannte, der der griechischen Sage zufolge Kinder und Jungfrauen und neuerdings auch die Sustainable Development Goals verschlingt.

Wie lässt sich das erklären? Überschüsse im Außenhandel entstehen, wenn die Lohnentwicklung mit der Produktivitätsentwicklung nicht übereinstimmt. Bei zu niedrigen Löhnen entsteht ein Exportüberschuss, bei zu hohen Löhnen (im Vergleich zur Produktivität) entsteht ein Importüberschuss. In der marktradikalen Weltwirtschaft stehen sich Export- und Importländer gegenüber, wobei auf beiden Seiten die Realwirtschaft stagniert und Schuldtitel angehäuft werden. Ohne einen „Globalen Mechanismus zum Überschussrecycling“ (GMÜR) würde die Weltwirtschaft kollabieren. Eine Möglichkeit besteht in der Auf- oder Abwertung der Währung. Dennoch können Währungssysteme zusammenbrechen.

Die USA wurden u.a. durch den Vietnamkrieg zum Defizitland, aber als globale Leitwährung zieht der US-Dollar dank sicherer Anlagemöglichkeiten Geldkapital an die Wall Street, sodass die USA „auf Pump“ leben und sich ihre wahnwitzig hohen Rüstungsausgaben von anderen Ländern finanzieren lassen. Chinas Renminbi wird den USD als Leitwährung ablösen. Das erklärt z.T. die Stimmungsmache gegen China. - Überschüssige Gelder flossen in Erwartung hoher Renditen in den Immobiliensektor der USA, auch an viele Einkommensschwache. Als im Juli 2008 der Ölpreis auf 147 USD/Barrel kletterte, kollabierten Kreditinstitute wegen ausbleibender Zins- und Tilgungsraten als Folge der viel zu hohen Lebenshaltungskosten. (95% der Chemierzeugnisse sind Erdölprodukte.)



Die Einführung des Euro hat in den Euroländern den Überschussmechanismus untergraben, weil eine Anpassung der nationalen Wechselkurse nicht mehr möglich ist. Deutschland vergrößerte durch die Hartz-Reformen den Abstand des allgemeinen Lohnniveaus zur Arbeitsproduktivität. So machte der „Exportweltmeister“ den Süden der EU faktisch zu seinem „Hinterhof“ und kopierte die Monroe-Doktrin, die Lateinamerika zum Hinterhof der USA degradierte. Als abschreckendes Beispiel sei auf die Demütigung der griechischen Syriza-Regierung und ihres Finanzministers Varoufakis durch dessen Ministerkollegen Schäuble verwiesen. - Auch Europas Minotaurus geriet in die Krise. Während die EU gegenüber den ostasiatischen Wachstumsregionen an Boden verliert und ihre Infrastrukturen verfallen, steigen die Börsenkurse, angetrieben von Geldströmen, die die EZB in die Finanzmärkte pumpt, um deren Ende hinauszuzögern.

Was folgt nach der Corona-Krise? Der Tod des Globalen Minotaurus?

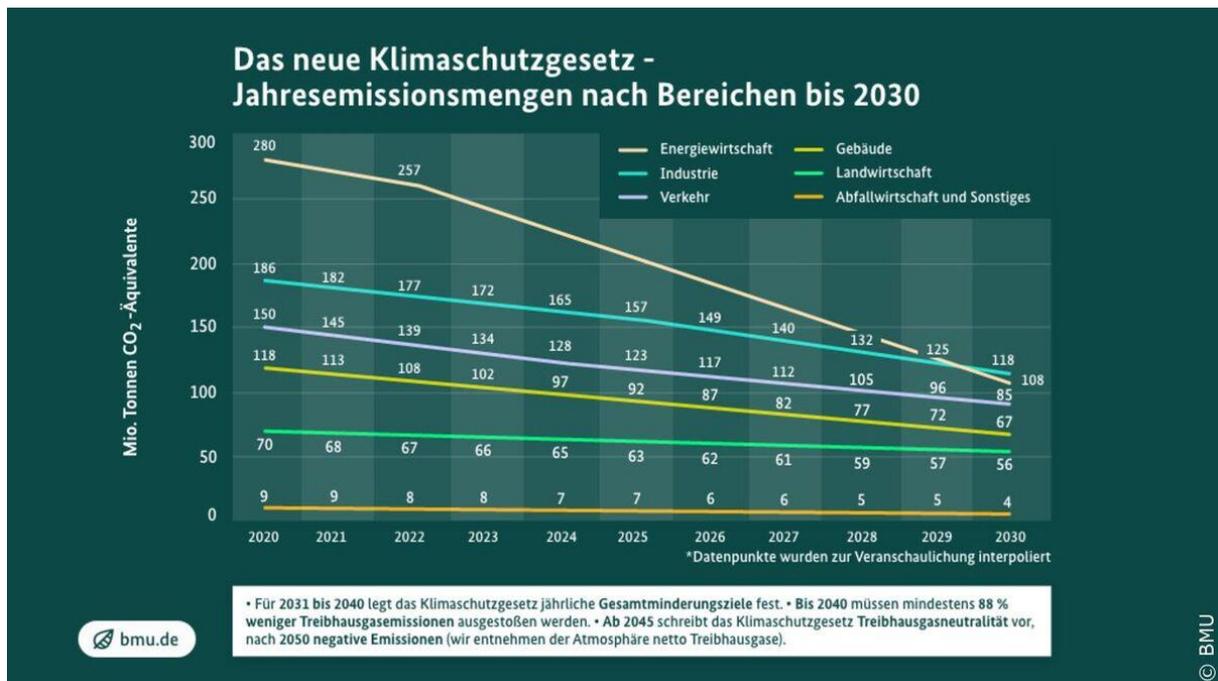
Werden neue Zoonosen durch das weitere Aneinanderrücken von Mensch und Natur entstehen? Der Weltwirtschaftskrise der Jahre 2007-09 folgte eine mindestens ein Jahrzehnt währende Phase des quälend langsamen Sterbens des Globalen Minotaurus (17). Wie geht es weiter? Setzt sich nach dem Ende der Covid-19-Krise die Agonie fort? „Die Krise besteht gerade in der Tatsache, daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann: in diesem Interregnum kommt es zu den unterschiedlichsten Krankheitserscheinungen“ (18,354). Gramsci schrieb dies 1930 mit Blick auf Mussolini und Hitler. Die heutige Krankheit zeigt sich in Politikern wie Trump, Bolsonaro und Konsorten. Sie stehen an der Spitze eines Rechtsrucks, der wie in den 1920er und 1930er Jahren viele Länder heimsucht. Über der BRD schwebt das Damoklesschwert eines Auseinanderbrechens der Ampel: Die FDP könnte ihren „Coup“ von 1982 wiederholen und ein neoliberales Bündnis mit der Union und diesmal mit der AfD unter einem Kanzler Merz eingehen.

Auch in Deutschland hat die Strahlkraft der SDGs nachgelassen: Einige SDGs wurden im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung zwar an durchaus prominenter Stelle genannt, aber bei der Ressortabstimmung blieb die Agenda als System außen vor, sodass es bei der Koordinierung der SDGs zwischen den involvierten Ministerien der Ampel-Koalition haken dürfte (19).

Stoffströme durch Kapitalverwertung innerhalb planetarischer Leitplanken halten

Die Grafik auf Seite 4 dieser Broschüre ist einem Heft unsres Vereins vom April 2019 entnommen: Nach der Lektüre des WBGU-Politikpapiers Nr.8 „Zivilisatorischer Fortschritt innerhalb planetarischer Leitplanken“ stellte ich den inneren Zusammenhang der 17 SDGs dar. Die planetarischen Leitplanken (grüner Kreis) betreffen 6 Bereiche: a) Klimawandel; b) Ozeanversauerung; c) Verlust von biologischer Vielfalt und Ökosystemleistungen; d) Land- und Bodendegradation; e) Gefährdung durch langlebige anthropogene Schadstoffe; f) Verlust von Phosphor (5,4). Die planetarischen Leitplanken seien auf die Lebensbedürfnisse der Menschen auszurichten (roter Kreis): „Vielmehr ist die Umsetzung der Ziele menschlicher Entwicklung für die ärmsten etwa 2 Mrd. Menschen in Form von Zielen für Bildung und Gesundheit sowie für den Zugang zu Nahrung, Energie und Wohnraum im Rahmen globaler Entwicklung unter Einhaltung der Leitplanken möglich. ... Konsumententscheidungen und Lebensstile der globalen Mittel- und Oberschichten tragen derzeit am stärksten zum Überschreiten der Leitplanken bei, wodurch die Basis für die zukünftige Entwicklung aller Menschen unterminiert wird. ... Ordnungsrecht sowie marktwirtschaftliche Instrumente sollten Anreize für Produzenten und Konsumenten schaffen, die Leitplanken zu berücksichtigen“ (5, 7)

Die Umsetzung muss nach Dringlichkeitskriterien erfolgen. Den ersten Rang nimmt die Eindämmung des Klimawandels ein. Dazu sind Absenkungspfade erforderlich mit Zielmarkierungen, deren Verfehlung ein Nachsteuern erfordert. Unser Verein hält 100% Erneuerbare Energien in Plön bis 2035 für möglich. Dabei orientieren wir uns an einem Gutachten des Wuppertal-Instituts, aufgrund dessen die Industriestadt Wuppertal bis 2035 ebenfalls klimaneutral sein will. Für ein Industrieland wie Deutschland ist dies nicht zu schaffen. Aufgrund einer Intervention des Bundesverfassungsgerichts modifizierte die Bundesregierung im Mai 2021 ihr Klimaschutzgesetz vom Dezember 2019: Diverse Absenkungspfade sollen das Erreichen der Klimaneutralität von 2050 auf 2045 vorziehen.



Die Umsetzung wird kompliziert. Rainer Land verweist auf Naomi Kleins Feststellung, dass 2015 die Privateigentumsrechte an den weltweiten Lagerstätten für Öl-, Gas- und Kohlevorkommen 2.795 Gigatonnen Kohlenstoff ausmachten. Um die Erwärmung unter 2°C zu halten, durften laut IPCC nur noch 565 Gigatonnen verbrannt werden. „Diese Industrie hat durch Anträge an die amerikanische Börsenaufsichtsbehörde und durch Versprechen an ihre Aktionäre zu verstehen gegeben, dass sie vorhat, fünfmal so viel fossile Brennstoffe zu verbrennen, wie die Erdatmosphäre aufnehmen kann“ (Klein 2015). Jeder wisse, „dass dies ein langwieriger und schwieriger politischer Kampf werden wird“ (20, Fußnote 10).

Wem gehört die Natur? Und wem die Naturressourcen?

Wem gehört der Wind, der die Windmühlen antreibt? Wem gehört die Sonne? Und wem der Grund und Boden? „Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als *boni patres familias* den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“ (21,784).

Infrastrukturen sind Einrichtungen, auf denen das tägliche Funktionieren des Verkehrs, des Warentransports und der Kommunikation beruht. Zu ihnen zählen auch Systeme der Ver- und Entsorgung, etwa mit Wasser und Energie oder von Müll, sowie soziale Räume wie Schwimmbäder oder Bibliotheken, Bildungs-, Kultur- und Betreuungseinrichtungen. In der Regel sind sie Gemeineigentum, das heißt Eigentum der Gemeinschaft im Unterschied zu Privatleuten. (Die Privatisierung von Infrastrukturen setzt die Regel nicht außer Kraft.) Infrastrukturen erfordern eine Organisation der Gemeinschaft - der Staat und seine Organe müssen die Sachherrschaft ausüben.

Kein Grundeigentümer darf ohne planrechtliche Verfahren ein Gebäude errichten, kein behördlich ausgewiesenes Ackerland darf industriell genutzt werden. Niemand kann frei über sein Eigentum an Grund und Boden verfügen. Auch wenn die neoliberale Propaganda es anders erscheinen lässt: Niemand darf frei über sein Grundeigentum verfügen. Wenn die Exxon in Schleswig-Holstein Erdöl fördern möchte, muss sie zunächst eine Aufsuchungserlaubnis bei der

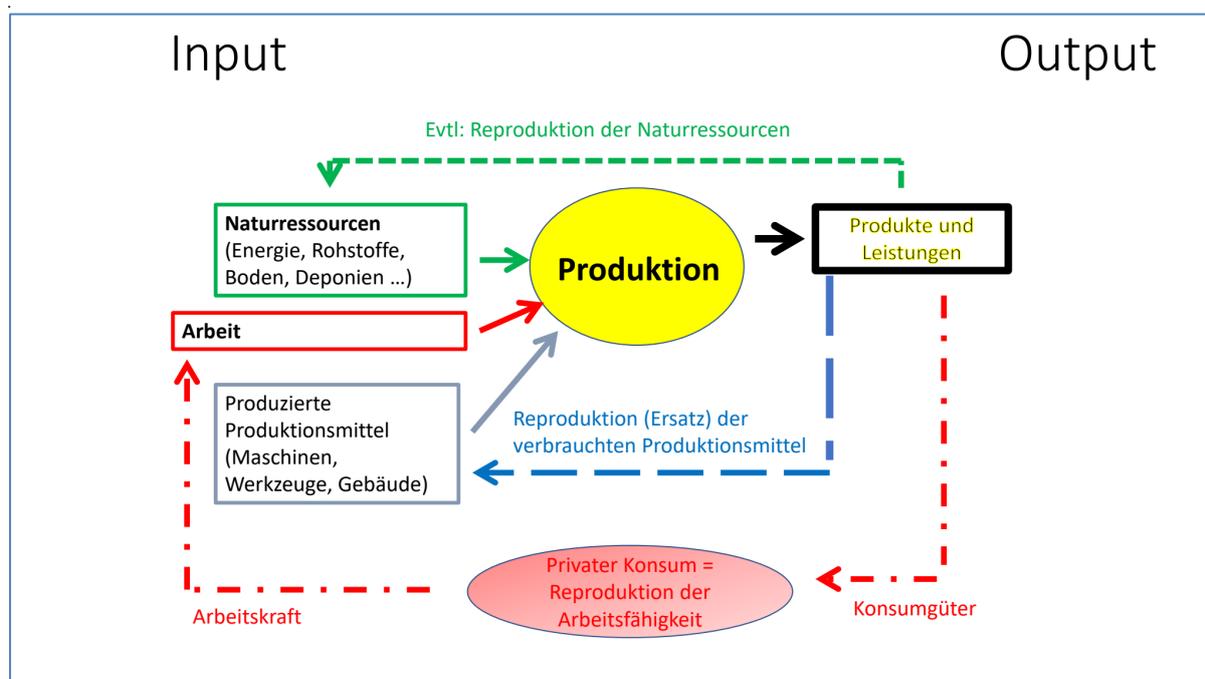
zuständigen Behörde beantragen und die Gemeinde konsultieren, unter deren Boden sich die vermutete Lagerstätte befindet. Nach der erteilten Aufsuchungsbewilligung muss Exxon der Gemeinschaft einen angemessenen Teil der Erlöse überweisen. Auch die spätere Schließung der Förderanlage ist gesetzlich geregelt.

Daraus folgt: Naturressourcen an sich sind Gemeineigentum und nur ihre Nutzung kann Gegenstand privater wirtschaftlicher Aktivität sein. Dabei besteht ein Interessenkonflikt zwischen den Privatinteressen an den Erträgen aus der gegenwärtigen Nutzung und dem Gemeininteresse an der langfristigen Erhaltung der Ressource und der Umwelt. Rainer Land schlägt die Installation einer Vermittlungsinstanz in Gestalt einer öffentlich-rechtlichen Ökokapitalverwertungsgesellschaft vor, deren Aufgabe die Ressourcenbewirtschaftung ist (siehe unten).

„Die Politik“ kann Exxon z.B. per Gesetz zwingen, gegen Entschädigung die Förderung Jahr für Jahr zu reduzieren und schließlich ganz einzustellen. Die Durchsetzbarkeit hängt vom politischen Willen und vom politischen Kräfteverhältnis ab. „Freilich ist die rechtliche Beschränkung eines traditionell gegebenen Privateigentums an Boden, Bodenschätzen und anderen Naturressourcen ein möglicher Weg, das Gemeinwohl faktisch durchzusetzen und dies in vielen Fällen politisch eher durchsetzbar als eine Verstaatlichung von Grund und Boden“ (20,11).

Ökokapitalverwertungsgesellschaften sollen Naturressourcen bewirtschaften

Ein Produktionssystem besteht aus vielen einzelnen Produktionsprozessen. Dabei werden alle Produktionsbedingungen – Produktionsmittel, Arbeit und Naturressourcen – fortwährend verbraucht und erneuert. Jeder dieser materiellen Kreisläufe lässt sich steuern. Eine regulierte Marktwirtschaft zielt auf die Erhaltung der Funktionsweise und sucht Instabilitäten und Krisen zu vermeiden, z.B. durch Steuerung des Lohnkreislaufs (u.a. Tariflöhne, betriebliche Sozialleistungen).

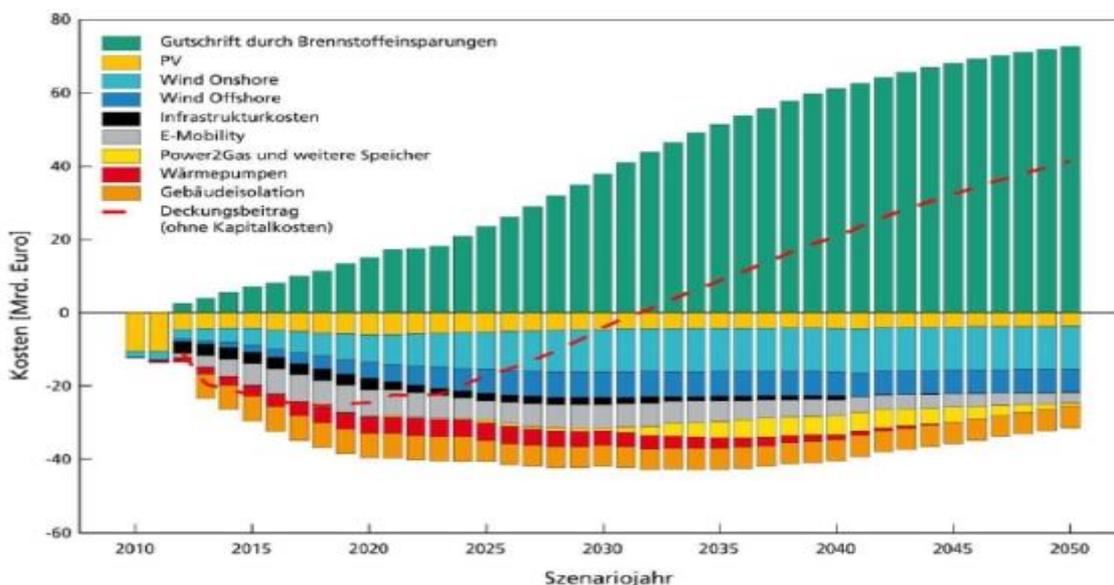


Eine gelenkte Marktwirtschaft steuert dagegen eine inhaltlich gewollte Entwicklungsrichtung an. Die Einhaltung der planetarischen Leitplanken erfordert eine Lenkung der Naturressourcen durch den Kreislauf des Ökokapitals. Dieser Bereich ist bisher noch wenig erforscht. Rainer Land schreibt von einem „Verwertungskreislauf ... , der die Reproduktion dieser Ressourcen steuert und reguliert“ (22,95).

Ökokapitalverwertungsgesellschaften sollen öffentlich-rechtlich verfasst sein, d.h. nicht wie eine Behörde agieren, sondern wie ein Unternehmen, das „Nutzungsrechte verkauft, Investitionen tätigt und mit den Einnahmen aus dem Verkauf der Rechte ihre Ausgaben und Investitionen finanziert. Es geht darum, einen Reproduktionsprozess des Kapitals als Kapitalverwertungsprozess zu gestalten (Kreislauf des Ökokapitals). Wie bei privatem Kapital ist die Erhaltung des Kapitals und der dabei erzielte Überschuss Ziel der Verwertung. Dabei handelt es sich um Gemeinschaftskapital, aber der Inhalt ist eine Naturressource, die Gemeineigentum ist. Der Überschuss dient ausschließlich den Investitionen in die Ressource und wird nicht an private Geldkapitaleigner verteilt“ (20,12 f). Dabei ist für Ressourcen, die unter die planetarischen Leitplanken gesenkt werden müssen, ein Absenkungspfad festzulegen, der laufend zu überprüfen und ggfs. zu korrigieren ist.

Finanzierung von Innovationen / Investitionen durch Kreditgeldschöpfung

„Die Kosten des Umbaus dürften in der EU 500 bis 1.000 Mrd. Euro jährlich über wenigstens 30 Jahre betragen. Global ist von mindestens 2.000 Mrd. US Dollar jährlich auszugehen. Die Annahme, die Investitionen müssen durch Einsparungen im Staatshaushalt oder bei den Bürgern, durch höhere Steuern und Abgaben, durch *Gürtel enger schnallen* finanziert werden, ist falsch. Sie müssen durch eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Wirtschaftssystems zusätzlich erzeugt werden: zunächst durch eine höhere Auslastung der vorhandenen Industrie und später durch den Ausbau der entsprechenden Branchen, Strukturveränderungen im Wirtschaftssystem also. Die Frage ist also nicht, woher man das Geld nimmt, sondern wie ein Finanzierungssystem aussehen müsste, das zusätzliche Leistungen *bei zugleich sinkendem Ressourcenverbrauch* in der erforderlichen Größenordnung mobilisiert“ (20,15).



Kosten- und Erlösbetrachtung ohne Kapitalkosten bei gleichbleibendem Preisniveau für fossile Brennstoffe: Bei der Kosten-Nutzen-Bilanzierung werden die Brennstoffkosteneinsparungen den Investitionen gegenübergestellt. Der Deckungsbeitrag (gestrichelte rote Linie) als Differenz zwischen Brennstoffkosteneinsparung und Investition dient dabei auch als Kenngröße für die Wirtschaftlichkeit des Projektes. © Fraunhofer IWES 2014

Dieses Finanzierungsmodell sieht vor, binnen vierzig Jahren (hier: 2010-50) die Umstellung auf 100% Erneuerbare durch ein kreditfinanziertes Investitionsprogramm zu gestalten, dessen Zinsen und Tilgungen durch die wirtschaftlichen Effekte des Umbaus refinanziert würden. So betrug die Rohölimporte der BRD im Jahr 2014 bei einem Ölpreis von ca. 80 USD/Barrel ca. 100 Mrd. Euro im Jahr. Erneuerbare Energien waren damals schon billiger als Erdöl. Aus der Preisdifferenz refinanziert sich die Investition. Nach ca. zwanzig Jahren wäre sie im Fraunhofer-Modell durch die Rückflüsse finanziert und die Tilgung der Kredite könnte aus den wachsenden Überschüssen beginnen. Nach vierzig Jahren wäre die gesamte Umstellung finanziert.

„Das am Fraunhofer-Institut angedachte Modell ... ist grundlegend geeignet, die wirtschaftlichen Prozesse zu verstehen, die mit der ‚Großen Transformation‘, mit dem ökologischen Umbau, verbunden sein könnten. Dazu muss man das Modell um zwei Dimensionen erweitern. Erstens geht es ... um den ökologischen Umbau insgesamt, neben der Energiewende und den Treibhausgasen also auch die Reorganisation der Stoffströme zwischen Natur und Gesellschaft. Und zweitens geht es ... um ein globales Programm“ (20,17).

Diese Finanzierung „könnte die säkulare Stagnation beenden, in der sich die Weltwirtschaft und die EU seit der großen Rezession 2007-2009 befinden. Mit ökologischen Investitionen in realwirtschaftliche Entwicklung wäre es möglich, die globalen Überschüsse und die unausgelasteten Kapazitäten, die sich in Arbeitslosigkeit und geringen Einkommenssteigerungen ausdrücken, für eine nachhaltige und für künftige Generationen sinnvolle Entwicklung zu mobilisieren, ohne dass die Defizitländer ... in immer größere Abhängigkeit durch Verschuldung geraten. ... Dieses System des Überschussrecyclings durch Schulden hier und Geldkapitalvermögen dort ist derzeit das eigentliche Hindernis für nachhaltige zukunftssträchtige Investitionen. Statt in den ökologischen Umbau und den Aufbau einer sinnvollen Wirtschaftsstruktur wird entweder in kreditfinanzierten Konsum oder in eine merkantilistische Exportwirtschaft investiert. Verstehen muss man zunächst, dass die Defizite nur zusammen mit den Überschüssen abgebaut werden können... (dies) ist der einzige Weg, die Überschüsse in sinnvolle realwirtschaftliche Investitionen zu lenken“ (20,17).

Die dritte Große Transformation könnte in einem „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ münden

Dass eine Wiederkehr des Staatssozialismus die Lösung der Systemfrage sein kann, bezweifle ich. Rainer Land verweist auf Versuche, in den 1960er Jahren in RGW-Staaten Wirtschaftsreformen einzuleiten. Diese scheiterten, weil sie eine Verlagerung der Entscheidungskompetenzen in die Betriebe und damit substantielle Eingriffe in die Machtstrukturen bewirkt hätten. Dazu waren die Führer der kommunistischen Parteien nicht bereit. Das bedeutet für den Ökonomen und Philosophen Land, der in der DDR an alternativen Wirtschaftsstrukturen geforscht hatte, keineswegs eine Abkehr vom Sozialismus schlechthin: Die Lenkung des Ökokapitals macht den Sozialismus zukunftsfähig. Lands Mentor Hans Wagner sprach in den 1980ern von der Möglichkeit, in einem echten Sozialismus die Innovationen an humanistischen Kriterien auszurichten, z.B. an der Persönlichkeitsentwicklung der Menschen. „Die Schaffung von Kapital- und Gewinninteressen bei den Lohnempfängern hört jedoch auf, eine Utopie zu sein, wenn die Lohnempfänger zu realen Kapitalmiteigentümern ihrer Unternehmen werden“ (Ota Šik: 3,3).

Quellennachweis

- 1: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf
- 2: Resolution der UN-Vollversammlung vom 25.9.2015: [ar70001.pdf \(un.org\)](#)
- 3: Ota Šik: „Ein Wirtschaftssystem der Zukunft“, Springer Verlag Berlin Heidelberg 1985
- 4: Clara Brandi/Dirk Messner: [1430-6387-2014-4-513.pdf \(nomos-elibrary.de\)](#)
- 5: https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/politikpapiere/pp8_2014/wbgu_politikpapier_8.pdf
- 6: [Bericht über die Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung \(bmz.de\)](#)
- 7: [2021_10_07_Global-Wealth-Report.pdf \(allianz.com\)](#)
- 8: [Briefing_1121_Ungleichheit_neu.pdf \(2030agenda.de\)](#)
- 9: Wolfgang Harich: „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘“, Reinbek bei Hamburg, 1975
- 10: R. Land: <http://www.rla-texte.de/texte/3%20Moderner%20Sozialismus/RLA%20StaatssozStalinismus.pdf>
- 11: R. Land: <http://www.rla-texte.de/texte/15%20Vortr%C3%A4ge/Schumpeter%20Wien.pdf>
- 12: Joseph A. Schumpeter: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, geschrieben 1942. 8. Auflage, Tübingen 2005
- 13: R. Land: [2021_11_12_Land_Gelenkte_Marktwirtschaft_Land.pptx \(dropbox.com\)](#)
- 14: Ulrich Busch, Rainer Land: „Teilhabekapitalismus. Aufstieg und Niedergang eines Regimes wirtschaftlicher Entwicklung am Fall Deutschlands 1950 bis 2010“, Berlin 2012
- 15: R. Land: http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf
- 16: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/2112/umfrage/veraenderung-des-bruttoinlandprodukts-im-vergleich-zum-vorjahr/>
- 17: R. Land: <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2010/10/Artikel-rlaYanis-Varoufakis-Globaler-Minotaurus2.pdf>
- 18: Antonio Gramsci: „Gefängnishefte“, Zweiter Band, Hamburg 1991
- 19: <https://www.welthungerhilfe.de/welternaehrung/rubriken/entwicklungspolitik-agenda-2030/ampel-koalition-noch-mehr-fortschritt-wagen/>
- 20: R. Land: <http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2016/09/2017-08-23-rla-Ist-der-%C3%B6kologische-Umbau-Makroskop-ungek%C3%BCrzt.pdf>
- 21: Karl Marx: „Das Kapital. Dritter Band“, Marx-Engels-Werke, Berlin 1975
- 22: R. Land: [FGW-Studie-NOED-12-Land_2019_02_04-komplett-web.pdf \(fgw-nrw.de\)](#)

Autor: Hansjürgen Schulze, Jahrgang 1943 / hajueschulze43@gmail.com
 Bankkaufmann * Betriebswirt (FH) * Diplompädagoge * Unruheständler
 Sprecher des e.V. Sozialökologisches Bündnis Plön

V.i.S.d.P.: Hansjürgen Schulze, Ölmühlenallee 1/1405, 24306 Plön